

Die süsse Versuchung

Ein Bargeld-Verbot führt dazu, dass eine fehlgeleitete Wirtschafts- und Fiskalpolitik nicht korrigiert wird

Von Daniel Zulauf, Zürich

«Geld ist geprägte Freiheit». Der Vergleich tönt zugebenermassen pathetisch, aber nur deshalb, weil wir Freiheit als eine Selbstverständlichkeit erleben. Freiheit ist aber nicht garantiert und sie war es zu keiner Zeit. Zu Papier gebracht wurde der Satz vor bald zweihundert Jahren vom russischen Schriftsteller Fjodor Dostojewski, der seine Erfahrungen als politischer Gefangener in einem zaristischen Straflager in Sibirien verarbeiten musste. Womit hätten die vom autoritären Regime geschundenen Häftlinge ihre kleinen verbotenen Trostbringer auf dem klandestinen Gefängnismarkt denn kaufen sollen, wenn es den Rubel nicht gegeben hätte?

Die Befürworter des Bargeldverbotes, von denen es in der freien Welt immer mehr gibt, müssten konsequenterweise sagen, dass jenen Sträflingen gar kein Trost zustand, weil doch der Handel mit Schnaps im Lager verboten war. Aber so möchte sich mit Bestimmtheit keiner aus der globalen Anti-Bargeld-Fraktion verstanden wissen.

Der frühere amerikanische Finanzminister Lawrence Summers schreibt in seiner Kolumne in der *Financial Times* über die von der Europäischen Zentralbank (EZB) eben erst beschlossene Abschaffung der 500-Euro-Note: «Die Entscheidung ist ein Triumph der Vernunft über schamlose Panikmache.» Als Panikmacher sieht das ehemalige Mitglied der Clinton-Administration und heutige Wirtschaftspräsident natürlich in erster Linie seine einstigen politischen Gegner, wirtschaftsliberale Kreise, welche die Verfügbarkeit von Bargeld als Bestandteil von individueller Freiheit werten.

Nebulöse Statistiken

Erstaunen lässt – mindestens im ersten Moment – der Umstand, dass der Demokrat Summers den vormaligen Spitzenbanker und CEO der britischen Grossbank Standard Chartered, Peter Sands, als ersten Zeugen für die Weisheit der EZB-Entscheidung anführt. Ohne die grossen Geldscheine werde die Welt «ein sicherer und gerechterer Ort», zitiert Summers den Ex-Manager und dessen Koautoren von der Harvard-Universität.

Bargeld und seine Ausformung in grossen Noten seien das Schmiermittel für organisierte Kriminalität und Terrorismus, betonen die Kreise, die Bargeldobergrenzen und weitergehenden Einschränkungen von Cash das Wort reden. Die naturgemäss nebulösen Statistiken aus der Unterwelt scheinen ihnen recht zu geben: Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Menschenhandel, überall ist vorwiegend Bargeld im Spiel, zu 50 Prozent bis 80 Prozent sagen die Fahnder, und niemand würde ihnen dabei widersprechen wollen.

Unbeantwortet bleibt derweil die Frage, weshalb das Bargeld immer noch ein derart grosses Problem darstellt, obschon ihm die Regierungen schon vor Jahrzehnten den Kampf angesagt



Das Geld gehört mir. In vielen Teilen der Welt werden Einkäufe ohne Kreditkarte getätigt. Und das soll so bleiben. Foto Keystone

haben. Der amerikanische «Bank Secrecy Act», der die Banken dazu verpflichtet, Bargeldtransaktionen zu dokumentieren und für Zahlungen in Höhe von über 10 000 Dollar eine Meldepflicht stipuliert, besteht seit 1970. Die letzten der ganz grossen Scheine mit Nominalwerten von 500, 1000, 10 000 und sogar 100 000 Dollar hat die US-Regierung 1969 aus dem Verkehr gezogen. In diversen europäischen Ländern bestehen Bargeldobergrenzen für Ansässige von 1000, 3000 oder 5000 Euro und europaweit gilt eine Limite von immerhin 7500 Euro.

Von einem Rückgang der organisierten Kriminalität und des Terrorismus kann freilich nicht die Rede sein. Unbeirrt davon meint Summers, man sollte den Vorstoss der EZB erst als Beginn eines Prozesses sehen. «Zuerst sollte die Welt (die G-20?) von der Schweiz verlangen, dass sie keine 1000-Franken-Noten mehr emittiert. Die Schweiz hat eine lange und unruhliche Geschichte mit illegalen Finanzgeschäften. Es wäre tragisch, wenn sie von einer Währungs substitution im kriminellen Sektor profitieren würde.»

Enteignung zuvorkommen

Das sind deutliche Worte von einem Politiker, der offensichtlich allein seinen eigenen Ideen traut und gewohnt ist, diese nicht nur in der Heimat durchzusetzen. Aber Summers ist kein Staatsanwalt und er war auch nicht Justizminister. Sein Herz schlägt vielmehr für die Ökonomie und das Finanzsystem. Die Herkunft machte den Harvard-Professor zu einem der ersten Vorkämpfer in der jüngsten Anti-Bargeld-Offensive. Summers' ursprüngliche Motive haben

denn auch herzlich wenig mit Kriminalitätsbekämpfung, dafür umso mehr mit seinen Vorstellungen von staatlich gelenkter Konjunktur- und Wirtschaftspolitik zu tun. Der von der Lehre des englischen Ökonomen John Maynard Keynes inspirierte Amerikaner diagnostiziert der Welt seit Ausbruch der Finanzkrise einen Ersparnisüberhang, der nur durch eine Kombination von negativen Zinsen und mehr Staatskonsum beseitigt werden könne. Weil Bargeld für den Sparer ein Ausweg ist, sich vom staatlichen Versuch der Enteignung zu schützen, muss es nach Summers' Vorstellungen verboten oder massiv eingeschränkt werden.

Bargeld ist in der Tat eine Option, die es den Bürgern erlaubt, ihr Vermögen vor dem Zugriff staatlicher Obrigkeit in Sicherheit zu bringen. Jeder Grieche oder Zypriote kann ein Lied davon singen, was es bedeutet, sein Geld auf dem Bankkonto zu belassen, statt es vorzeitig unter die Matratze zu legen. Die seit Anfang Jahr in der Eurozone geltenden Regeln über die Abwicklung insolventer Banken besagen, dass alle Gläubiger einschliesslich der Sparer zur Begleichung der offenen Forderungen herangezogen werden müssen, um die Steuerzahler zu schonen. In Zypern wurde dieses «Bail-in» zum Leidwesen vieler Banksparer bereits konkret umgesetzt, in Griechenland hat es bislang erst zur Sperrung der auf den Banken liegenden Spargelder geführt.

In der Schweiz hüten sich die Banken davor, die Negativzinsen an die breite Privatkundschaft weiterzugeben. Zu gross ist die Angst, die Gelder könnten abgezogen werden und das Geschäftsmodell der Kredithäuser zerstören. Aber was wäre, wenn es diese

Möglichkeit gar nicht gäbe, weil das Bargeld schlicht nicht mehr verfügbar wäre? Man weiss es nicht und erstaunlicherweise wird nicht einmal viel darüber gerätselt.

Ein Korrektiv

Ähnlich wie zu früheren Zeiten, als eine garantierte Menge Gold den Wert des von der Notenbank ausgegebenen Papiergeldes sicherstellte, dient das Bargeld heutzutage dazu, den Wert der auf den Banken liegenden Spargelder zu sichern. Deshalb hat die Nachfrage nach Bargeld und insbesondere nach grossen Noten unmittelbar nach dem Lehman-Kollaps im Herbst 2008 weltweit kräftig angezogen – insbesondere auch in der Schweiz. In Erwartung weiterer Bankzusammenbrüche haben die Banksparer vorsichtshalber einen Teil ihres Geldes unter die Matratze gelegt. Natürlich haben sie damit die ohnehin schon labilen Banken weiter destabilisiert.

Theoretisch lässt sich dieser Fluchweg mit einem Bargeldverbot zusperrern. Unter einem derart restriktiven Regime steht aber die staatliche Bankenaufsicht in der Pflicht, eine Bankenkrise frühzeitig zu erkennen und sofort die richtigen Schlüsse zu ziehen. Ein Bargeldverbot lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn die Behörde ein glaubwürdiges Versprechen für ein fehlerloses Krisenmanagement abgeben kann. Weil das nach menschlichem Ermessen nicht möglich ist, muss das Ventil offen bleiben.

Bargeld ist aber nicht nur ein Ventil für akute Bankenrisiken. Es ist auch ein Korrektiv für eine fehlgeleitete Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Überhöhte Steuern und eine ausufernde staatliche

Bürokratie begünstigen das Entstehen der Schattenwirtschaft, in der das spurlose Bargeld naturgemäss das bevorzugte Zahlungsmittel ist. Mit einem Bargeldverbot könnte eine Regierung der Schattenindustrie zwar möglicherweise den Garaus machen und die in dem Sektor erwirtschafteten Umsätze so offenlegen, dass sie wie die offizielle Wirtschaft besteuert werden können. Doch für die Volkswirtschaft wäre das Ergebnis per saldo nicht positiv und vielleicht sogar negativ, wenn die für die Entstehung der verdeckten Ökonomie verantwortlichen Faktoren nicht gleichzeitig beseitigt werden.

Bei Lichte betrachtet ist auch der Umstand wenig verwunderlich, dass Lawrence Summers auf seiner Mission auch Alliierte in den Geschäftsbanken findet. Ein Bargeldverbot oder nur schon eine restriktive Obergrenze für Bargeldzahlungen beraubt die Sparer ihrer Handlungsfähigkeit als Bankkunden. Den Banken stünde damit der Weg zu höheren Gebühren offen, ohne dass sie den Verlust der Kundschaft risikieren müssten. Um ein solches Missbrauchssystem zu verhindern, wäre auch hier wieder eine höchst effektive staatliche Aufsicht nötig, was kaum realistisch ist.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, aber jede Bargeldrestriktion geht einher mit einem Zuwachs der Staatsmacht gegenüber der individuellen Freiheit. Weil es keine Garantien geben kann, dass der Staat seinen Machtgewinn zum Vorteil und nach dem Willen seiner Bürger nutzt, darf er diese zusätzliche Autorität nicht erhalten. Es muss im Gegenteil sogar im Interesse der Regierungen und der Notenbanken selber sein, der Versuchung eines solchen Machtgewinns zu entsagen, weil sie damit auch einen Teil der Verantwortung bei den Bürgern belassen können.

Immer mehr Staat

Doch Leute wie Lawrence Summers, die das Rezept für die einzig richtige Wirtschafts-, Geld- und Fiskalpolitik in der Tasche zu haben glauben, kann der Verzicht auf ein zusätzliches Machtinstrument zur Durchsetzung der eigenen Politik keine Option sein. Carl-Ludwig Thiele von der Deutschen Bundesbank beruhigte seine Bürger unlängst mit der Beteuerung: «Die freie Verfügbarkeit von Bargeld ist ein wesentlicher Vertrauensanker für unsere Währung.» Der Notenbanker weiss, dass es gefährlich ist, das Ventil zu schliessen, solange die Währungen noch frei gegeneinander schwanken können.

Gut vierzig Jahre nach dem Ende von Bretton Woods wird aber mindestens in grossen Industrieländern auch das System der freien Wechselkurse wieder infrage gestellt. Die Diskussionen um ein Bargeldverbot sind so gesehen möglicherweise nur die Vorboten einer viel weiter gehenden staatlichen Regulierung, an deren Ende mehr als nur die «geprägte Freiheit» stehen könnte.

Deutsche klagen gegen EZB

Aufkauf von Anleihen im Visier

Berlin. Gegen die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist Klage beim deutschen Bundesverfassungsgericht eingereicht worden. Der Berliner Anwalt Markus Kerber bestätigte, er habe eine Beschwerde initiiert, verfasst und eingereicht. Die *Welt am Sonntag* berichtete, einer Gruppe von Professoren und Unternehmern gehe es um die Frage, ob die EZB mit dem umfassenden Aufkauf von Staats- und bald auch Unternehmensanleihen ihr Mandat überschreite und damit Grundrechte der Deutschen übergehe. Die Programme hätten unkalkulierbare Risiken für die Bilanz der deutschen Zentralbank und damit für den deutschen Steuerzahler. Zudem sei die EZB-Politik weder notwendig noch geeignet, die Konjunktur zu beleben. SDA

Bundesanwalt im Auge des Sturms

Michael Lauber referiert heute in Basel

Von Ruedi Mäder

Basel. Er gehört zu jenen ersten Dienern des Staates, welche die mediale Publizität nicht suchen, denen diese aber gewiss ist: Der Bundesanwalt, seines Zeichens oberster Chef der Staatsanwaltschaft des Bundes. Seit Anfang 2012 nimmt Michael Lauber (50) diese Aufgabe wahr, als 16. in dieser Charge – Interimslösungen mitgezählt – seit 1851. Lauber ist keine Interimslösung: Im Juni letzten Jahres wurde er von der Vereinigten Bundesversammlung für die Amtsdauer 2016 bis 2019 bestätigt. Lauber ist von



Michael Lauber.

Hause aus Jurist und Anwalt mit einer hohen Affinität zum Bankgeschäft. Er arbeitete unter anderem als Spezialfahndungschef der Kriminalpolizei des Kantons Bern, danach führte er beim Bundesamt für Polizei die Zentralstelle Organisierte Kriminalität. Vor seiner Wahl zum Bundesanwalt war er Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbandes (2004 bis 2009), danach präsidierte er den Aufsichtsrat der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (2010 bis 2011).

Michael Lauber gibt heute Abend in Basel auf Einladung der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft (SVG) einen Einblick in den Alltag der Bundesanwaltschaft. Ein besseres Timing hätten sich die SVG und ihre treue Hörerschaft kaum wünschen können. Zumindest sieht sich der Bundesan-

walt mit seiner Truppe just in diesen Tagen und Wochen gleichsam im Auge des medialen Sturms. Vergangene Woche wurde publik, dass der nationale Rüstungsbetrieb Ruag ab Ende 2014 Opfer eines Cyber-Spionageangriffs geworden ist. Nachdem beim Nachrichtendienst des Bundes ein Hinweis aus dem Ausland einging, eröffnete die Bundesanwaltschaft eine Strafuntersuchung gegen unbekannt wegen des Verdachts auf wirtschaftlichen Nachrichtendienst.

«Dieselgate» ist zum Thema geworden: Ende April wurde bekannt gegeben, dass die Bundesanwaltschaft mehr als 2000 Strafanzeigen von Schweizern gegen Volkswagen weitergeleitet hat.

Michael Lauber: «Lokale Begrenzung – globale Entgrenzung? Die Bundesanwaltschaft im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität.» 18.15 Uhr, Aula der Universität Basel.

Switcher in Schwierigkeiten

Belegschaft wartet auf Löhne

Lausanne. Das Waadtländer Textilunternehmen Switcher steckt in Schwierigkeiten. Das Unternehmen erhält keine Ware mehr und die April-Löhne der rund 40 Mitarbeiter wurden nicht bezahlt, wie die Gewerkschaft Unia bestätigt. Ein Treffen mit der Gewerkschaft ist für heute geplant, sagte Dominique Fovanna, verantwortlich für den tertiären Sektor bei Unia Waadt. Dann komme die ganze Situation ans Licht. Die Nervosität bezüglich der Zukunft des Unternehmens, das für seine T-Shirts bekannt ist, sei «mehr als gross», sagte Fovanna. Switcher-Chef Alban Dupuis ist zurückgetreten und die indische Besitzerfamilie gibt keine Auskünfte mehr. Der Gründer des Unternehmens, Robin Cornelius, hat die Firma 2015 verlassen. SDA